

Bürgerliches Gesetzbuch: BGB

mit Nebengesetzen , u.a. mit Einführungsgesetz (Auszug) einschließlich der Rom I- und Rom II-Verordnungen, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (Auszug), Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz, BGB-Informationspflichten-Verordnung, Unterlassungsklagengesetz, Produkthaftungsgesetz, Gesetz über das Erbaurecht, Wohnungseigentumsgesetz, Versorgungsausgleichsgesetz, Lebenspartnerschaftsgesetz, Gewaltschutzgesetz

Bearbeitet von

Begründet von Otto Palandt, Bearbeitet von Prof. Dr. Dr. h.c. Gerd Brudermüller, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D., Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, Vizepräsident des Bundesgerichtshofs, Prof. Dr. Isabell Götz, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht, Dr. Christian Grüneberg, Richter am Bundesgerichtshof, Sebastian Herrler, Notar, Hartwig Sprau, Vizepräsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts a.D., Prof. Dr. Karsten Thorn, Walter Weidenkaff, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D., Dr. Dietmar Weidlich, Notar, und Dr. Hartmut Wicke, LL.M., Notar

78. Auflage 2019. Buch. XXXVI, 3358 S. Hardcover (In Leinen)

ISBN 978 3 406 72500 5

Format (B x L): 16,2 x 24,0 cm

[Recht > Zivilrecht > Zivilrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Palandt
Bürgerliches Gesetzbuch


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 7

Palandt **Bürgerliches Gesetzbuch**

mit Nebengesetzen

insbesondere mit
Einführungsgesetz (Auszug) einschließlich Rom I-, Rom II- und
Rom III-Verordnungen sowie EU-Güterrechtsverordnungen,
Haager Unterhaltsprotokoll und EU-Erbrechtsverordnung,
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (Auszug), Wohn- und
Betreuungsvertragsgesetz, Unterlassungsklagengesetz, Produkthaftungsgesetz,
Erbbaurechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz, Versorgungsausgleichsgesetz,
Lebenspartnerschaftsgesetz, Gewaltschutzgesetz

bearbeitet von

Prof. Dr. Dr. h. c. Gerd Brudermüller
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht Karlsruhe a. D.

Prof. Dr. Isabell Götz
Vorsitzende Richterin am
Oberlandesgericht München

Sebastian Herrler
Notar in München

Prof. Dr. Karsten Thorn
Bucerius Law School
Hochschule für Rechtswissenschaft Hamburg

Dr. Dietmar Weidlich
Notar in Roth b. Nürnberg

Prof. Dr. Jürgen Ellenberger
Vizepräsident
des Bundesgerichtshofs

Dr. Christian Grüneberg
Richter
am Bundesgerichtshof

Hartwig Sprau
Vizepräsident des Bayerischen
Obersten Landesgerichts a. D.

Walter Weidenkaff
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht München a. D.

Prof. Dr. Hartmut Wicke, LL.M.
Notar in München

78., neubearbeitete Auflage

2019

www.palandt.beck.de
Zitierweise: Palandt/Bearbeiter

Redaktionsschluss:
15. Oktober 2018


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 9783406725005

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck, Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)
Umschlag: Fotosatz Amann GmbH & Co. KG, Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Jahr 2018 war zwar durch den Beginn einer neuen Legislaturperiode und eine schwierige und schleppende Regierungsbildung geprägt. Gleichwohl bietet die 78. Auflage dem Nutzer des Palandt eine Menge Neues. Dies hat seinen Grund u.a. darin, dass der Gesetzgeber der im September 2017 beendeten 18. Legislaturperiode „vorgearbeitet“ hat, indem das von ihm verabschiedete Dritte Gesetz zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften wie auch das Gesetz zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen erst am 1. 7. 2018 in Kraft getreten sind. Neben den neuen Kommentierungen der beiden Europäischen Güterrechtsverordnungen hat auch die Datenschutz-Grundverordnung ihren Niederschlag gefunden. Hinzu kommen weitere Gesetzesänderungen der laufenden 19. Legislaturperiode und zahlreiche wichtige Entscheidungen des BVerfG, BGH, BAG und EuGH. All dies hat, neben der Überarbeitung und Straffung verschiedener Erläuterungen, auch in der vorliegenden Neuauflage zu zahlreichen Änderungen, Ergänzungen und Neubearbeitungen in der Kommentierung geführt. Die wichtigsten sind in der folgenden Darstellung der Einzelbereiche erwähnt.

Im **Allgemeinen Teil** wurden bereits die ab dem 1. 11. 2018 geltenden Neuerungen bei der Verjährungshemmung kommentiert, die durch das Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage (BGBl I 2018 S. 1151) geschaffen worden sind. Die Schwerpunkte der Neukommentierung liegen in der Einarbeitung der neuesten höchstrichterlichen Rechtsprechung, u.a. zum Verjährungsrecht, vor allem zur Hemmung der Verjährung.

Im **Allgemeinen Schuldrecht** wurden die Änderungen und Neuerungen, die das 3. ReiseRÄndG in den §§ 312, 312g mit sich gebracht hat, eingearbeitet und umfassend kommentiert. Daneben haben eine Fülle neuer Entscheidungen des BGH und der Instanzgerichte Anlass zu zahlreichen Änderungen und Ergänzungen gegeben. Im Schadensrecht hat der BGH seine Rechtsprechung zur Abwicklung von Kfz-Schäden, insbesondere zur Höhe der Sachverständigenkosten weiter präzisiert. Im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen haben mehrere Entscheidungen des EuGH, des BGH und des BAG neue Akzente gesetzt, die in der Kommentierung zu berücksichtigen waren. Im Bereich der Haftung des Anlageberaters und -vermittlers waren wichtige Urteile des BGH zu einzelnen Hinweispflichten und neuen Anlageprodukten einzuarbeiten. Einer weitgehenden Klärung hat der BGH die Frage einer Verwirkung des Widerrufsrechts des Darlehensnehmers bei Verbraucherdarlehensverträgen zugeführt, die im Einzelnen dokumentiert worden ist. Schließlich waren wichtige – in Teilbereichen auch eine Rechtsprechungsänderung mit sich bringende – Urteile des BGH zum Verhältnis von Rücktritt, Minderung und kleinem bzw. großem Schadensersatz einzuarbeiten.

Im **Besonderen Schuldrecht** waren die zahlreichen Veröffentlichungen zum neuen Werk- und Bauvertragsrecht einzuarbeiten. Hinzu kamen Grundsatzentscheidungen des BGH zum Schadensersatz bei Kaufpreisminderung, bei Beschädigung der Mietsache und bei Werkmängeln, des BVerfG zum Vorbeschäftigungsverbot bei sachgrundloser Befristung und des EuGH zur Verkürzung der Verjährungsfrist von Mängeln beim Verbrauchsgüterkauf und zur Fluggastrechteverordnung. Aber auch sonst waren zahlreiche neue Entscheidungen und neue Literatur zu berücksichtigen, vor allem im Miet- und Arbeitsrecht sowie im Recht der Zahlungsdienste, der Gesellschaft und der unerlaubten Handlung. Neu kommentiert wurde das durch das bereits erwähnte Reiserechtsänderungsgesetz neu gefasste Recht der Pauschalreise und Reisevermittlung einschließlich der in das EGBGB überführten Informationspflichten. Es ähnelt zwar auch in der Neufassung in den Grundzügen dem alten Recht, das Gesetz brachte aber zahlreiche Erweiterungen und Änderungen im Detail, die zu einer völligen Neugestaltung der Erläuterungen führten.

Im **Sachenrecht** lagen die Schwerpunkte der Überarbeitung bei Berechtigungsverhältnissen an dinglichen Rechten, dem Rangverhältnis, den (Bestimmtheits-)Anforderungen an einen Rangvorbehalt und Gestaltungsalternativen, der Belastung von Miteigentumsanteilen und deren Grenzen, der dinglichen Sicherung einer Bezugspflicht (z.B. Heizwärme), der Sicherungsgrundschuld (Reichweite von § 1193 II 2 BGB) sowie erneut bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Grundbuch (Gesellschafterwechsel nach erklärter Auflassung, Nachweisforderungen bei Tod eines Gesellschafters). Zudem waren wiederum zahlreiche höchstrichterliche und obergerichtliche Entscheidungen einzuarbeiten, unter anderem zum nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruch analog § 906 II 2 BGB (Haftung des Eigentümers für durch Handwerker verursachte Brandschäden am Nachbarhaus; „Laubrente“ bei zu duldem Grenzbewuchs), zum Identitätsgebot bei der Vormerkung, zum Notwegerecht (Leitung als ultima ratio auch durch Gebäud hindurch) und zum gutgläubigen Erwerb bzw. zur Ersitzung von Kulturgütern.

Im **Familienrecht** waren aktuelle Entscheidungen des BGH zur Wirksamkeitskontrolle von Eheverträgen mit Ausländerbeteiligung, zur Funktionsäquivalenz von Zugewinnausgleich und Versorgungsausgleich sowie zur Ausübungskontrolle für die Kautelarpraxis, aber auch für die Inhaltskontrolle von Eheverträgen durch die Gerichte von besonderer Bedeutung. Mit dem eingangs erwähnten Gesetz zur Regelung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung bei heterologer Verwendung von Samen (BGBl. I 2017 S. 2513) wurde ein neuer § 1600d IV BGB eingefügt und ein Samenspenderregister (Art. 1) eingeführt. Im Übrigen erfordert das bestehende, nach wie vor stark reformbedürftige Abstammungsrecht auf der Basis der vorhandenen Normen eine kreative Rechtsprechung. Der neugeschaffene § 1597a BGB hat eine breite Diskussion ausgelöst, inwieweit (insbesondere der Notar) gehalten ist, investigativ Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft zu ermitteln. In Fällen der Geschlechtsumwandlung hat der BGH in personenstandsrechtlicher Hinsicht schließlich dem Grundsatz der medizinischen Abstammungswahrheit den Vorrang eingeräumt. Die in der Praxis zunehmend feststellbare Hochkonflikthaftigkeit von kindschaftsrechtlichen Streitigkeiten hat ihren Niederschlag in zahlreichen Entscheidungen zum Sorge-

Vorwort

und Umgangsrechts gefunden. Dabei bleiben das Wechselmodell und die Voraussetzungen für seine Anordnung – genauso wie die Frage der richtigen Berechnung des Kindesunterhalts in diesem Fall – ein wesentliches Thema. Zugleich erreichen neue Probleme das Familienrecht, etwa die bessere Sorgeeignung bei einem Kind mit Geschlechtsidentitätsstörung oder die Anforderungen an Sorgeberechtigte beim Umgang eines Kindes mit neuen Medien. Nach dem Scheitern der SGB VIII-Reform in der letzten Legislaturperiode blieb es Aufgabe der Rechtsprechung, stabile Verhältnisse in Pflegefamilien sicherzustellen. Im Rahmen des Kindesschutzes betont das BVerfG in neueren Entscheidungen deutlich den Schutz des Kindes, auch im Rahmen der Auswahl des Vormunds. Diesen Kindesschutz konnte eine folgenreiche Entscheidung eines OLG im Fall eines sexuellen Missbrauchs nicht gewährleisten, allerdings hat die Rechtsprechung darauf sofort reagiert und klargestellt, wann eine Kindeswohlgefährdung zu bejahen und wie ihr wirksam zu begegnen ist. Im Betreuungsrecht und im Recht der Vergütung von Vormund, Pfleger und Betreuer war eine Vielzahl von BGH-Entscheidungen einzuarbeiten und es galt die Auswirkungen der Entscheidung des BVerfG zu Fixierungen bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung auf die diesbezüglichen Regelungen im BGB zu untersuchen. Zu zahlreichen Problemen des Versorgungsausgleichs ist praxisrelevante Rechtsprechung ergangen, der BGH hat insbesondere die mit dem Ausgleich endgehaltsbezogener Versorgung zusammenhängenden Streitfragen weitgehend geklärt. Bei der Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe (§ 20a LPartG) stellen sich vielfältige Probleme, die einer gesetzgeberischen Lösung bedürfen. Auf den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (Eheöffnungsgesetz) wird hingewiesen.

Im **Erbrecht** wurde die Kommentierung durch Berücksichtigung zahlreicher Entscheidungen und Veröffentlichungen auf den neuesten Stand gebracht. Hervorzuheben ist dabei die auch von den Medien viel beachtete Entscheidung des BGH zum digitalen Nachlass, wonach die Anbieter sozialer Netzwerke den Erben den Zugang zu Benutzerkonten des Erblassers nicht verwehren können. Besonders erwähnenswert sind daneben Entscheidungen des BGH zum Eigentumserwerb durch eine Erbengemeinschaft, zur Pflichtteilergänzung bei der Zahlung von Zins- und Tilgungsleistungen durch den Ehegatten und zum testamentarischen Widerruf eines Vertrages zu Gunsten Dritter. Im Bereich des notariellen Nachlassverzeichnisses haben neue obergerichtliche Entscheidungen mehr Klarheit in dieses für die Praxis schwer handhabbare Problemfeld gebracht. Schließlich sorgt auch die EuErbVO dafür, dass das Erbrecht im ständigen Fluss bleibt. Die Entscheidungen des EuGH zum güterrechtlichen Viertel nach § 1371 I BGB, zur Anerkennung ausländischer Vindikationslegatäre und zum Vorrang einer ausländischen Gerichtszuständigkeit nach den §§ 4 ff EuErbVO bei der Erteilung nationaler Erbscheine zwingen nunmehr zu einer Neuausrichtung bei nationalen Erbrechtspositionen.

Im **internationalen Privatrecht** waren mit Wirksamwerden der Europäischen Güterrechtsverordnung zum 29. 1. 2019 beide Rechtsakte (EuGüVO und EuGüVO [Part]) neu zu kommentieren und ihre Auswirkungen auf das nationale Kollisionsrecht zu erfassen. Zudem waren Grundsatzurteile des EuGH zum sachlichen Anwendungsbereich der Rom III-VO (Privatscheidung) sowie der EuErbVO (Abgrenzung zum Güter- und Sachenrecht) zu berücksichtigen. Schließlich ist eine Sonderkollisionsnorm für Pauschalreisen (Art. 46c EGBGB) in Kraft getreten.

Im übrigen **EGBGB** waren insbesondere die durch das bereits erwähnte 3. ReiseRÄndG erfolgten Änderungen der Art. 250 bis 253 ebenso einzuarbeiten wie die reichhaltige Rechtsprechung des BGH zu den Anforderungen an die Ordnungsgemäßheit einer Widerrufsbelehrung und Widerrufsinformation in Verbraucherdarlehensverträgen und sonstigen einem Widerruf unterliegenden Verbraucherverträgen.

In der Kommentierung des **AGG** sind neben mehreren Entscheidungen des BAG, insbesondere zur Frage der Altersdiskriminierung, die Entscheidungen des EuGH zur Konfessionszugehörigkeit als Einstellungs voraussetzung bei einem kirchlichen Arbeitgeber und die Loyalitätsanforderungen eines kirchlichen Krankenhauses an einen konfessionsangehörigen Chefarzt hervorzuheben.

Schließlich war im **Wohnungseigentumsrecht** nach Wegfall der Sperre für Nichtzulassungsbeschwerden gemäß § 62 II WEG ein merklicher Zuwachs von Entscheidungen des BGH in Binnenstreitigkeiten zu verzeichnen. Schwerpunkte der Rechtsprechung betrafen Zweckbestimmungen in der Teilungserklärung, insbesondere die Abgrenzung von Wohnungs- und Teileigentum, den gesetzlichen Anspruch des einzelnen auf Abänderung bzw. Anpassung der Gemeinschaftsordnung sowie auf ordnungsgemäße Verwaltung gegenüber den übrigen Wohnungseigentümern (im Unterschied zum Verband), die Pflicht des Verwalters zur Durchführung von Beschlüssen, ferner Instandhaltungsbeschlüsse von Untergemeinschaften und die Haftung des Erwerbers von Wohnungseigentum für bereits beschlossene Sonderumlagen.

Die Verfasser danken den Lesern für die zahlreichen Anregungen und Hinweise, die uns auch in diesem Jahr wieder erreicht und zur Verbesserung des Werkes beigetragen haben. Wir freuen uns auf die Anregungen und Hinweise zur vorliegenden Auflage (Kontaktadresse s. S. VIII).

Bad Dürkheim, Hamburg, Karlsruhe, München, Roth
im November 2018

Die Verfasser

Verzeichnis der Bearbeiter der 78. Auflage

Prof. Dr. Dr. h. c. Gerd Brudermüller
(seit 59. Auflage):

BGB §§ 1297–1615 o
EGBGB Art. 229 §§ 26, 44, 46
Versorgungsausgleichsgesetz
Lebenspartnerschaftsgesetz
Gewaltschutzgesetz

Prof. Dr. Jürgen Ellenberger (seit 67. Auflage):

BGB §§ 1–240
EGBGB Art. 229 §§ 6, 12, 23, 24, 31
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
§§ 1–5, 31, 32

Prof. Dr. Isabell Götz (seit 72. Auflage):

BGB §§ 1616–1921
EGBGB Art. 229 § 30
Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz

Dr. Christian Grüneberg (seit 65. Auflage):

Einleitung
BGB §§ 241–432
EGBGB Art. 1, 2, Überblicke vor Art. 64 und 181,
Art. 229 §§ 5, 9, 11, 27, 32, 34, 37, Einführung vor
Art. 238, Art. 246–246c
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 19–23, 33
Abs. 2–5
Unterlassungsklagengesetz
Abkürzungsverzeichnis

Sebastian Herrler (seit 76. Auflage):

BGB §§ 854–1203
EGBGB Art. 96, 120, 124, 181, 182, 184, 187, 189,
229 § 18 Abs. 2 und 3, § 21

Hartwig Sprau (seit 57. Auflage):

BGB §§ 631–853
EGBGB Art. 229 §§ 19, 22, 33, 39, 42, 43, 45,
Art. 243, 244, 248–253
Produkthaftungsgesetz
Sachverzeichnis

Prof. Dr. Karsten Thorn (seit 68. Auflage):

EGBGB Art. 3–48 mit Rom I-, Rom II- und
Rom III-Verordnung sowie
Güterrechtsverordnungen, Haager
Unterhaltsprotokoll und Erbrechtsverordnung
(teilweise), Art. 220, 229 § 28

Walter Weidenkaff (seit 60. Auflage):

BGB §§ 433–630h
EGBGB Art. 229 § 18 Abs. 1, §§ 25, 29, 35, 38
und 40, Art. 242, 247, 247a
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 6–18, 24,
33 Abs. 1
Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz

Dr. Dietmar Weidlich (seit 70. Auflage):

BGB §§ 1922–2385
EGBGB Art. 64, 227, 229 § 36, Art. 239
Erbrechtsverordnung (teilweise)

Prof. Dr. Hartmut Wicke (seit 76. Auflage):

BGB §§ 1204–1296
Erbbaurechtsgesetz
Wohnungseigentumsgesetz

Verzeichnis der ausgeschiedenen Bearbeiter

Dr. Otto Palandt †: 1.–10. Auflage; Gesamtreaktion und Einleitung.

Zur Person Otto Palandt (*1. Mai 1877 – † 3. Dezember 1951) gibt es einen kritischen Diskurs, auf den der Verlag hinweisen möchte. Palandt war ab 1938 erster und letzter Herausgeber des Kommentars. Zwar kommentierte er nie einen einzigen Paragraphen, propagierte aber im Vorwort und der Einleitung die Interpretation des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Sinne des Nationalsozialismus. Mit der ersten Nachkriegs-
auflage des Kommentars wurden vor knapp 70 Jahren sämtliche nationalsozialistisch beeinflussten Texte und Gedanken vollständig aus dem Werk entfernt. Wir halten am Titel „Palandt“ bewusst fest, nicht zuletzt damit die Geschichte der Entstehung des Werks präsent bleibt und auch in Zukunft Anlass zur Reflexion bietet. Der Verlag war und ist sich der damit verbundenen Verantwortung bewusst. Siehe zu weiteren Informationen, Hintergründen und den vielzähligen diesbezüglichen Publikationen des Verlags unter www.palandt.beck.de.

Dr. Peter Bassenge: 35.–75. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 96, 120, 124, 181, 182, 184, 187, 189, 229 § 18 Abs. 2 und 3, § 21; Unterlassungsklagengesetz; Erbbaurechtsgesetz, Wohnungseigentumsgesetz;

Dr. Kurt Bunge † (in Gemeinschaft mit Radtke): 1. und 2. Auflage; BGB §§ 2032, 2033, 2112–2115, 2205–2220; EGBGB Art. 24–26;

Dr. Bernhard Danckelmann †: 1.–36. Auflage; BGB §§ 1–240; EGBGB Art. 1–4, 32, 55, 56, 76, 82, 83, 85, 86, 88, 157, 163–169, 218;

Prof. Dr. Max Degenhart †: 27.–34. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 52–54, 59–63, 65–69, 73, 74, 89–91, 96, 109–133, 142, 143, 179–197; Erbbaurechtsverordnung; Wohnungseigentumsgesetz;

Prof. Dr. Uwe Diederichsen: 33.–71. Auflage; BGB §§ 1297–1921; EGBGB Art. 51, 144, 224 §§ 2 und 3, Art. 229 § 15, § 20 Abs. 3, Art. 234; Ehegesetz; Familienrechtsänderungsgesetz, Gesetz für Jugendwohlfahrt, Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder, Gleichberechtigungsgesetz, Hausratsverordnung, Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz;

Wolfgang Edenhofer †: 41.–69. Auflage; BGB §§ 1922–2385; EGBGB Art. 64, 227, 235;

Dr. Johannes Friesecke †: 1.–6. Auflage; BGB §§ 241–432, 607–630, 657–778;

Homepage

Dr. Hans Gramm †: 7.–27. Auflage; BGB §§ 433–853; EGBGB Art. 70–72, 75, 77–81, 92–108, 171–178; Gesetz über Abzahlungsgeschäfte; Außenwirtschaftsgesetz;

Prof. Dr. Helmut Heinrichs †: 28.–68. Auflage; Einleitung, BGB §§ 1–432; EGBGB Art. 1, 2, 225, 229 § 2 Abs. 1, §§ 5–9, 11, 12, Art. 230–232 § 1, Art. 240, 241, 245; BGB-InfoV §§ 1, 3, 14; Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz §§ 1–5, 31, 32; AGB-Gesetz; Fernabsatzgesetz;

Prof. Dr. Andreas Heldrich †: 33.–67. Auflage; EGBGB Art. 3–47, 220, 236;

Dr. Fritz Henke †: BGB: 1.–6. Auflage; Einleitung vor § 854, §§ 873–1203; EGBGB Art. 180–197; Erbbaurechtsverordnung;

Dr. Ulrich Hoche †: 1., 2., 5.–26. Auflage; BGB §§ 854–1296; EGBGB Art. 52–54, 59–63, 73, 74, 89–91, 109–137, 142, 143, 179–197; Erbbaurechtsverordnung; Wohnungseigentumsgesetz;

Dr. Theodor Keidel †: 20.–42. Auflage; BGB §§ 1922–2385 EGBGB Art. 64, 137–140, 147–152, 213–217;

Dr. Wolfgang Lauterbach †: 1.–32. Auflage; BGB §§ 1297–1921 mit Gleichberechtigungsgesetz, Familienrechtsänderungsgesetz und Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder; EGBGB Art. 7–31, 33, 198–203, 207–210, 212; Ehegesetz; Gesetz für Jugendwohlfahrt;

Dr. Eberhard Pinzger †: 1.–6. Auflage; BGB §§ 433–606, 779–853, 854 (ohne Einl)–872, 1204–1296;

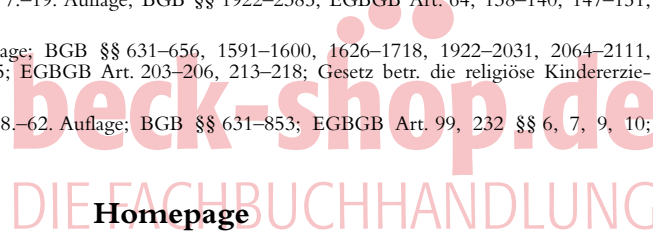
Prof. Dr. Hans Putzo †: 28.–65. Auflage. BGB §§ 433–630; EGBGB Art. 219, 221, 222, Art. 232 §§ 1 a, 2–5, 8. Art. 242; BGB-InfoV § 2; Gesetz zur Regelung der Miethöhe; Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften, Verbraucherkreditgesetz, Teilzeit-Wohnrechtsgesetz;

Heinz Radtke † (in Gemeinschaft mit Dr. Bunge): 1.–6. Auflage; BGB §§ 2034–2063, 2316; EGBGB Art. 32–179;

Dr. Ludwig Rechenmacher †: 7.–19. Auflage; BGB §§ 1922–2385; EGBGB Art. 64, 138–140, 147–151, 213–217;

Dr. Claus Seibert †: 1.–6. Auflage; BGB §§ 631–656, 1591–1600, 1626–1718, 1922–2031, 2064–2111, 2116–2204, 2208–2315, 2317–2385; EGBGB Art. 203–206, 213–218; Gesetz betr. die religiöse Kindererziehung; Testamentsgesetz;

Prof. Dr. Heinz Thomas †: 28.–62. Auflage; BGB §§ 631–853; EGBGB Art. 99, 232 §§ 6, 7, 9, 10; Produkthaftungsgesetz.



Homepage

Die Palandt-Homepage (www.palandt.beck.de) besteht vor allem aus folgenden Abschnitten:

Startseite. Sie enthält insbesondere Informationen über die aktuelle und, ab etwa August eines Jahres, die kommende Auflage des Palandt, ab 1. November auch das Vorwort der Neuauflage.

Palandt-Archiv. Es besteht aus drei Teilen: Im *Europarecht und internationalen Recht* (Teil I) sind zahlreiche EU-Verordnungen, EU-Richtlinien und Rechtsakte des internationalen Rechts abgedruckt, die das BGB und die in den Kommentar aufgenommenen Nebengesetze betreffen, bzw. durch sie umgesetzt worden sind. Eine Einzelaufstellung befindet sich auf S. XVI des Inhaltsverzeichnisses. Das *Übergangsrecht* (Teil II) enthält den Text und – mit dem Stand vom **1.9.2018** – die Kommentierung von nur noch selten bedeutsamen Vorschriften des EGBGB, insbesondere der Art. 230–237 EGBGB. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung hat dieser Teil des EGBGB nur noch geringe praktische Bedeutung, wird aber in Altfällen u. U. noch benötigt. *Aufgehobene Vorschriften*, die für Übergangsfälle weiterhin praktische Bedeutung haben, werden seit der 66. Auflage *mit der zugehörigen Kommentierung* der letzten Auflage ihrer Geltungszeit in Teil III eingestellt.

Zitierweise: Palandt-Archiv/Bearbeiter

Otto Palandt. Hier finden sich Informationen und Veröffentlichungen zur Person Otto Palandt und zur Geschichte des Werks.

Nachträge. Werden bis zum 31. Dezember des Jahres neue Gesetze oder Gesetzesänderungen verkündet, die wegen des Redaktionsschlusses im Oktober in der Druckversion nicht oder nicht vollständig berücksichtigt werden konnten, werden sie hier eingestellt und falls erforderlich kommentiert. In Ausnahmefällen enthält dieser Abschnitt auch Informationen zu Gesetzesänderungen während der ersten Monate des Folgejahres und zu nach Redaktionsschluss verkündeten besonders bedeutsamen neuen höchstrichterlichen Grundsatzentscheidungen.

Zitierweise: Palandt-Nachträge/Bearbeiter

Kontakt. Hier finden sich insbesondere die Kontaktdaten, über die dem verantwortlichen Redakteur des Verlages Anregungen, Hinweise und sonstige Bemerkungen zum Inhalt übermittelt werden können. Für Mitteilungen sind wir stets dankbar. Am einfachsten geht es per E-Mail an christina.wolfer@beck.de.

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der im Rahmen der Kommentierung abgedruckten Vorschriften	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Bürgerliches Gesetzbuch

Einleitung	1
------------------	---

Buch 1. Allgemeiner Teil

Abschnitt 1. Personen. (§§ 1–89)	11
Titel 1. Natürliche Personen, Verbraucher, Unternehmer. (§§ 1–14)	11
Titel 2. Juristische Personen. (§§ 21–89)	25
Untertitel 1. Vereine. (§§ 21–79)	28
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 21–54)	28
Kapitel 2. Eingetragene Vereine. (§§ 55–79)	53
Untertitel 2. Stiftungen. (§§ 80–88)	61
Untertitel 3. Juristische Personen des öffentlichen Rechts. (§ 89)	67
Abschnitt 2. Sachen und Tiere. (§§ 90–103)	69
Abschnitt 3. Rechtsgeschäfte. (§§ 104–185)	80
Titel 1. Geschäftsfähigkeit. (§§ 104–113)	84
Titel 2. Willenserklärung. (§§ 116–144)	92
Anhang zu § 138: Prostitutionsgesetz – ProstG (§§ 1, 2)	156
Titel 3. Vertrag. (§§ 145–157)	164
Titel 4. Bedingung und Zeitbestimmung. (§§ 158–163)	180
Titel 5. Vertretung und Vollmacht. (§§ 164–181)	185
Titel 6. Einwilligung und Genehmigung. (§§ 182–185)	207
Abschnitt 4. Fristen, Termine. (§§ 186–193)	211
Abschnitt 5. Verjährung. (§§ 194–218)	214
Titel 1. Gegenstand und Dauer der Verjährung. (§§ 194–202)	217
Titel 2. Hemmung, Ablaufhemmung und Neubeginn der Verjährung. (§§ 203–213)	234
Titel 3. Rechtsfolgen der Verjährung. (§§ 214–218)	251
Abschnitt 6. Ausübung der Rechte, Selbstverteidigung, Selbsthilfe. (§§ 226–231)	254
Abschnitt 7. Sicherheitsleistung. (§§ 232–240)	258

Buch 2. Recht der Schuldverhältnisse

Einleitung	261
Abschnitt 1. Inhalt der Schuldverhältnisse. (§§ 241–304)	264
Titel 1. Verpflichtung zur Leistung. (§§ 241–292)	264
Anhang zu § 245: Preisklauselgesetz – PrKIG	281
Titel 2. Verzug des Gläubigers. (§§ 293–304)	423
Abschnitt 2. Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch Allgemeine Geschäftsbedingungen. (§§ 305–310)	428
Abschnitt 3. Schuldverhältnisse aus Verträgen. (§§ 311–361)	491
Titel 1. Begründung, Inhalt und Beendigung. (§§ 311–319)	496
Untertitel 1. Begründung. (§§ 311–311c)	496
Untertitel 2. Grundsätze bei Verbraucherverträgen und besondere Vertriebsformen (§§ 312–312k)	518
Kapitel 1. Anwendungsbereich und Grundsätze bei Verbraucherverträgen (§§ 312, 312a) ..	518
Kapitel 2. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge und Fernabsatzverträge (§§ 312b–312h)	523
Kapitel 3. Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr (§§ 312i, 312j)	530
Kapitel 4. Abweichende Vereinbarungen und Beweislast (§ 312k)	533
Untertitel 3. Anpassung und Beendigung von Verträgen. (§§ 313, 314)	533
Untertitel 4. Einseitige Leistungsbestimmungsrechte. (§§ 315–319)	544
Titel 2. Gegenseitiger Vertrag. (§§ 320–326)	550

Inhaltsverzeichnis

Titel 3. Versprechen der Leistung an einen Dritten. (§§ 328–335)	563
Titel 4. Draufgabe, Vertragsstrafe. (§§ 336–345)	573
Titel 5. Rücktritt; Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen. (§§ 346–361)	578
Untertitel 1. Rücktritt. (§§ 346–354)	578
Untertitel 2. Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen (§§ 355–361)	586
Abschnitt 4. Erlöschen der Schuldverhältnisse. (§§ 362–397)	603
Titel 1. Erfüllung. (§§ 362–371)	603
Titel 2. Hinterlegung. (§§ 372–386)	611
Titel 3. Aufrechnung. (§§ 387–396)	616
Titel 4. Erlass. (§ 397)	623
Abschnitt 5. Übertragung einer Forderung. (§§ 398–413)	625
Abschnitt 6. Schuldübernahme. (§§ 414–418)	640
Abschnitt 7. Mehrheit von Schuldern und Gläubigern. (§§ 420–432)	644
Abschnitt 8. Einzelne Schuldverhältnisse. (§§ 433–853)	657
Titel 1. Kauf, Tausch. (§§ 433–480)	658
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 433–453)	659
Untertitel 2. Besondere Arten des Kaufs. (§§ 454–473)	702
Kapitel 1. Kauf auf Probe. (§§ 454, 455)	702
Kapitel 2. Wiederkauf. (§§ 456–462)	703
Kapitel 3. Vorkauf. (§§ 463–473)	706
Untertitel 3. Verbrauchsgüterkauf. (§§ 474–479)	711
Untertitel 4. Tausch. (§ 480)	718
Titel 2. Teilzeit-Wohnrechteverträge, Verträge über langfristige Urlaubsprodukte, Vermittlungsverträge und Tauschsystemverträge. (§§ 481–487)	718
Titel 3. Darlehensvertrag; Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 488–512)	725
Untertitel 1. Darlehensvertrag. (§§ 488–505)	726
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 488–490)	728
Kapitel 2. Besondere Vorschriften für Verbraucherdarlehensverträge. (§§ 491–505e)	735
Untertitel 2. Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 506–508)	761
Untertitel 3. Ratenlieferungsverträge zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§ 510)	766
Untertitel 4. Beratungsleistungen bei Immobilier-Verbraucherdarlehensverträgen. (§ 511)	767
Untertitel 5. Unabdingbarkeit, Anwendung auf Existenzgründer. (§§ 512, 513)	768
Untertitel 6. Unentgeltliche Darlehensverträge und unentgeltliche Finanzierungshilfen zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher. (§§ 514, 515)	770
Titel 4. Schenkung. (§§ 516–534)	770
Titel 5. Mietvertrag, Pachtvertrag. (§§ 535–597)	780
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften für Mietverhältnisse. (§§ 535–548)	780
Untertitel 2. Mietverhältnisse über Wohnraum. (§§ 549–577a)	841
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 549–555)	841
Kapitel 1a. Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. (§§ 555a–555f)	850
Kapitel 2. Die Miete. (§§ 556–561)	857
Unterkapitel 1. Vereinbarungen über die Miete. (§§ 556–556c)	857
Unterkapitel 1a. Vereinbarungen über die Miethöhe bei Mietbeginn in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten (§§ 556d–556g)	864
Unterkapitel 2. Regelungen über die Miethöhe. (§§ 557–561)	868
Kapitel 3. Pfandrecht des Vermieters. (§§ 562–562d)	885
Kapitel 4. Wechsel der Vertragsparteien. (§§ 563–567b)	888
Kapitel 5. Beendigung des Mietverhältnisses. (§§ 568–576b)	898
Unterkapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 568–572)	898
Unterkapitel 2. Mietverhältnisse auf unbestimmte Zeit. (§§ 573–574c)	902
Unterkapitel 3. Mietverhältnisse auf bestimmte Zeit. (§§ 575, 575a)	916
Unterkapitel 4. Werkwohnungen. (§§ 576–576b)	917
Kapitel 6. Besonderheiten bei der Bildung von Wohnungseigentum an vermieteten Wohnungen. (§§ 577, 577a)	920
Untertitel 3. Mietverhältnisse über andere Sachen. (§§ 578–580a)	922
Untertitel 4. Pachtvertrag. (§§ 581–584b)	924
Untertitel 5. Landpachtvertrag. (§§ 585–597)	930
Titel 6. Leihe. (§§ 598–606)	940
Titel 7. Sachdarlehensvertrag. (§§ 607–609)	944
Titel 8. Dienstvertrag und ähnliche Verträge. (§§ 611–630h)	945
Untertitel 1. Dienstvertrag. (§§ 611–630)	945
Anhang zu § 630: § 109 Gewerbeordnung – GewO	1020
Untertitel 2. Behandlungsvertrag. (§§ 630a–630h)	1021

Inhaltsverzeichnis

Titel 9. Werkvertrag und ähnliche Verträge. (§§ 631–651m).....	1043
Untertitel 1. Werkvertragsrecht. (§§ 631–651)	1049
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 631–650)	1049
Kapitel 2. Bauvertrag. (§§ 650a–650h)	1107
Kapitel 3. Verbraucherbauvertrag. (§§ 650i–650n)	1122
Kapitel 4. Unabdingbarkeit. (§ 650o)	1127
Untertitel 2. Architektenvertrag und Ingenieurvertrag. (§§ 650p–650t)	1128
Untertitel 3. Bauträgervertrag. (§§ 650u–650v)	1135
Anhang zu § 650 v: VO über Abschlagszahlungen bei Bauträgerverträgen (Auszug) ..	1138
Untertitel 4. Pauschalreisevertrag, Reisevermittlung und Vermittlung verbundener Reiseleistungen. (§§ 651a–651y)	1138
Titel 10. Mäklervertrag. (§§ 652–656)	1173
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 652–655)	1176
Untertitel 2. Vermittlung von Verbraucherdarlehensverträgen und entgeltlichen Finanzierungshilfen. (§§ 655a–655e)	1194
Untertitel 3. Ehevermittlung. (§ 656)	1197
Titel 11. Auslobung. (§§ 657–661a)	1199
Titel 12. Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag und Zahlungsdienste. (§§ 662–676c)	1202
Untertitel 1. Auftrag. (§§ 662–674)	1202
Untertitel 2. Geschäftsbesorgungsvertrag. (§§ 675–675b)	1213
Untertitel 3. Zahlungsdienste. (§§ 675c–676c)	1224
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 675c–675e)	1227
Kapitel 2. Zahlungsdienstevertrag. (§§ 675f–675i)	1232
Kapitel 3. Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten. (§§ 675j–676c)	1249
Unterkapitel 1. Autorisierung von Zahlungsvorgängen; Zahlungsinstrumente; Verweigerung des Zugangs zum Zahlungskonto. (§§ 675j–675m)	1249
Unterkapitel 2. Ausführung von Zahlungsvorgängen. (§§ 675n–675t)	1255
Unterkapitel 3. Haftung. (§§ 675u–676c)	1264
Titel 13. Geschäftsführung ohne Auftrag. (§§ 677–687)	1278
Titel 14. Verwahrung. (§§ 688–700)	1289
Titel 15. Einbringung von Sachen bei Gastwirten. (§§ 701–704)	1292
Titel 16. Gesellschaft. (§§ 705–740)	1296
Titel 17. Gemeinschaft. (§§ 741–758)	1342
Titel 18. Leibrente. (§§ 759–761)	1352
Titel 19. Unvollkommene Verbindlichkeiten. (§§ 762, 763)	1353
Titel 20. Bürgschaft. (§§ 765–778)	1356
Titel 21. Vergleich. (§ 779)	1378
Titel 22. Schuldversprechen, Schuldanerkenntnis. (§§ 780–782)	1382
Titel 23. Anweisung. (§§ 783–792)	1386
Titel 24. Schuldverschreibung auf den Inhaber. (§§ 793–808)	1391
Titel 25. Vorlegung von Sachen. (§§ 809–811)	1400
Titel 26. Ungerechtfertigte Bereicherung. (§§ 812–822)	1402
Titel 27. Unerlaubte Handlungen. (§§ 823–853)	1451

Buch 3. Sachenrecht

Einleitung	1575
Abschnitt 1. Besitz. (§§ 854–872)	1577
Abschnitt 2. Allgemeine Vorschriften über Rechte an Grundstücken. (§§ 873–902)	1589
Abschnitt 3. Eigentum. (§§ 903–1011)	1621
Titel 1. Inhalt des Eigentums. (§§ 903–924)	1624
Titel 2. Erwerb und Verlust des Eigentums an Grundstücken. (§§ 925–928)	1647
Titel 3. Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen. (§§ 929–984)	1652
Untertitel 1. Übertragung. (§§ 929–936)	1652
Untertitel 2. Ersitzung. (§§ 937–945)	1666
Untertitel 3. Verbindung, Vermischung, Verarbeitung. (§§ 946–952)	1668
Untertitel 4. Erwerb von Erzeugnissen und sonstigen Bestandteilen einer Sache. (§§ 953–957)	1673
Untertitel 5. Aneignung. (§§ 958–964)	1675
Untertitel 6. Fund. (§§ 965–984)	1677
Titel 4. Ansprüche aus dem Eigentum. (§§ 985–1007)	1681
Titel 5. Miteigentum. (§§ 1008–1011)	1702
Abschnitt 4. Dienstbarkeiten. (§§ 1018–1093)	1704
Titel 1. Grunddienstbarkeiten. (§§ 1018–1029)	1705
Titel 2. Nießbrauch. (§§ 1030–1089)	1713
Untertitel 1. Nießbrauch an Sachen. (§§ 1030–1067)	1713
Untertitel 2. Nießbrauch an Rechten. (§§ 1068–1084)	1723

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 3. Nießbrauch an einem Vermögen. (§§ 1085–1089)	1727
Titel 3. Beschränkte persönliche Dienstbarkeiten. (§§ 1090–1093)	1729
Abschnitt 5. Vorkaufsrecht. (§§ 1094–1104)	1733
Abschnitt 6. Reallasten. (§§ 1105–1112)	1738
Abschnitt 7. Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld. (§§ 1113–1203)	1742
Titel 1. Hypothek. (§§ 1113–1190)	1742
Titel 2. Grundschuld, Rentenschuld. (§§ 1191–1203)	1786
Untertitel 1. Grundschuld. (§§ 1191–1198)	1786
Untertitel 2. Rentenschuld. (§§ 1199–1203)	1794
Abschnitt 8. Pfandrecht an beweglichen Sachen und an Rechten. (§§ 1204–1296)	1795
Titel 1. Pfandrecht an beweglichen Sachen. (§§ 1204–1259)	1796
Titel 2. Pfandrecht an Rechten. (§§ 1273–1296)	1813

Buch 4. Familienrecht

Einleitung	1821
Abschnitt 1. Bürgerliche Ehe. (§§ 1297–1588)	1826
Titel 1. Verlöbnis. (§§ 1297–1302)	1826
Titel 2. Eingehung der Ehe. (§§ 1303–1312)	1829
Untertitel 1. Ehefähigkeit. (§§ 1303, 1304)	1829
Untertitel 2. Eheverbote. (§§ 1306–1308)	1830
Untertitel 3. Ehefähigkeitszeugnis. (§ 1309)	1832
Untertitel 4. Eheschließung. (§§ 1310–1312)	1834
Titel 3. Aufhebung der Ehe. (§§ 1313–1318)	1837
Titel 4. Wiederverheiratung nach Todeserklärung. (§§ 1319, 1320)	1846
Titel 5. Wirkungen der Ehe im Allgemeinen. (§§ 1353–1362)	1847
Titel 6. Eheliches Güterrecht. (§§ 1363–1563)	1887
Untertitel 1. Gesetzliches Güterrecht. (§§ 1363–1390)	1888
Untertitel 2. Vertragliches Güterrecht. (§§ 1408–1557)	1924
Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1408–1413)	1924
Kapitel 2. Gütertrennung. (§ 1414)	1931
Kapitel 3. Gütergemeinschaft. (§§ 1415–1518)	1931
Unterkapitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1415–1421)	1932
Unterkapitel 2. Verwaltung des Gesamtguts durch den Mann oder die Frau. (§§ 1422–1449)	1934
Unterkapitel 3. Gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts durch die Ehegatten. (§§ 1450–1470)	1943
Unterkapitel 4. Auseinandersetzung des Gesamtguts. (§§ 1471–1482)	1948
Unterkapitel 5. Fortgesetzte Gütergemeinschaft. (§§ 1483–1518)	1952
Kapitel 4. Wahl-Zugewinnngemeinschaft. (§ 1519)	1962
Untertitel 3. Güterrechtsregister. (§§ 1558–1563)	1964
Titel 7. Scheidung der Ehe. (§§ 1564–1587)	1966
Untertitel 1. Scheidungsgründe. (§§ 1564–1568)	1966
Untertitel 1 a. Behandlung der Ehwohnung und der Haushaltsgegenstände anlässlich der Scheidung. (§§ 1568a, 1568b)	1972
Untertitel 2. Unterhalt des geschiedenen Ehegatten. (§§ 1569–1586b)	1978
Kapitel 1. Grundsatz. (§ 1569)	1981
Kapitel 2. Unterhaltsberechtigung. (§§ 1570–1580)	1982
Kapitel 3. Leistungsfähigkeit und Rangfolge. (§§ 1581–1584)	2027
Kapitel 4. Gestaltung des Unterhaltsanspruchs. (§§ 1585–1585c)	2032
Kapitel 5. Ende des Unterhaltsanspruchs. (§§ 1586–1586b)	2036
Untertitel 3. Versorgungsausgleich. (§ 1587)	2038
Titel 8. Kirchliche Verpflichtungen. (§ 1588)	2038
Abschnitt 2. Verwandtschaft. (§§ 1589–1772)	2038
Titel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1589, 1590)	2038
Titel 2. Abstammung. (§§ 1591–1600d)	2039
Titel 3. Unterhaltspflicht. (§§ 1601–1615o)	2064
Untertitel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 1601–1615)	2068
Untertitel 2. Besondere Vorschriften für das Kind und seine nicht miteinander verheirateten Eltern. (§§ 1615a–1615n)	2113
Titel 4. Rechtsverhältnis zwischen den Eltern und dem Kind im Allgemeinen. (§§ 1616–1625)	2118
Titel 5. Elterliche Sorge. (§§ 1626–1698b)	2128
Titel 6. Beistandschaft. (§§ 1712–1717)	2196
Titel 7. Annahme als Kind. (§§ 1741–1772)	2200

Inhaltsverzeichnis

Untertitel 1. Annahme Minderjähriger. (§§ 1741–1766)	2200
Untertitel 2. Annahme Volljähriger. (§§ 1767–1772)	2217
Abschnitt 3. Vormundschaft, Rechtliche Betreuung, Pflegschaft. (§§ 1773–1921)	2221
Titel 1. Vormundschaft. (§§ 1773–1895)	2221
Untertitel 1. Begründung der Vormundschaft. (§§ 1773–1792)	2221
Untertitel 2. Führung der Vormundschaft. (§§ 1793–1836e)	2229
Anhang zu § 1836: Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG	2261
Untertitel 3. Fürsorge und Aufsicht des Familiengerichts. (§§ 1837–1847)	2277
Untertitel 4. Mitwirkung des Jugendamts. (§ 1851)	2281
Untertitel 5. Befreite Vormundschaft. (§§ 1852–1857 a)	2281
Untertitel 6. Beendigung der Vormundschaft. (§§ 1882–1895)	2283
Titel 2. Rechtliche Betreuung. (§§ 1896–1908i)	2287
Titel 3. Pflegschaft. (§§ 1909–1921)	2327

Buch 5. Erbrecht

Einleitung	2334
Abschnitt 1. Erbfolge. (§§ 1922–1941)	2336
Abschnitt 2. Rechtliche Stellung des Erben. (§§ 1942–2063)	2362
Titel 1. Annahme und Ausschlagung der Erbschaft, Fürsorge des Nachlassgerichts. (§§ 1942–1966)	2362
Titel 2. Haftung des Erben für die Nachlassverbindlichkeiten. (§§ 1967–2017)	2382
Untertitel 1. Nachlassverbindlichkeiten. (§§ 1967–1969)	2382
Untertitel 2. Aufgebot der Nachlassgläubiger. (§§ 1970–1974)	2386
Untertitel 3. Beschränkung der Haftung des Erben. (§§ 1975–1992)	2389
Untertitel 4. Inventarerrichtung, unbeschränkte Haftung des Erben. (§§ 1993–2013)	2401
Untertitel 5. Aufschiebende Einreden. (§§ 2014–2017)	2408
Titel 3. Erbschaftsanspruch. (§§ 2018–2031)	2409
Titel 4. Mehrheit von Erben. (§§ 2032–2063)	2415
Untertitel 1. Rechtsverhältnis der Erben untereinander. (§§ 2032–2057 a)	2415
Untertitel 2. Rechtsverhältnis zwischen den Erben und den Nachlassgläubigern. (§§ 2058–2063)	2441
Abschnitt 3. Testament. (§§ 2064–2273)	2444
Titel 1. Allgemeine Vorschriften. (§§ 2064–2086)	2444
Titel 2. Erbeinsetzung. (§§ 2087–2099)	2465
Titel 3. Einsetzung eines Nacherben. (§§ 2100–2146)	2471
Titel 4. Vermächtnis. (§§ 2147–2191)	2501
Titel 5. Auflage. (§§ 2192–2196)	2519
Titel 6. Testamentsvollstrecker. (§§ 2197–2228)	2521
Titel 7. Errichtung und Aufhebung eines Testaments. (§§ 2229–2263)	2554
Titel 8. Gemeinschaftliches Testament. (§§ 2265–2272)	2573
Abschnitt 4. Erbvertrag. (§§ 2274–2302)	2590
Abschnitt 5. Pflichtteil. (§§ 2303–2338)	2611
Abschnitt 6. Erbenwürdigkeit. (§§ 2339–2345)	2648
Abschnitt 7. Erbverzicht. (§§ 2346–2352)	2652
Abschnitt 8. Erbschein. (§§ 2353–2370)	2658
Anhang zu §§ 2353 ff. Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO – Auszug)	2675
Abschnitt 9. Erbschaftskauf. (§§ 2371–2385)	2678

Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche

– Auszug –

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften. (Art. 1–48)	2683
1. Kapitel. Inkrafttreten. Vorbehalt für Landesrecht. Gesetzesbegriff. (Art. 1, 2)	2683
2. Kapitel. Internationales Privatrecht. (Art. 3–46d)	2683
1. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften (Art. 3–6)	2691
Anhang zu Art. 3: Innerdeutsches Kollisionsrecht	2694
Anhang zu Art. 5:	2700
I. Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen (Art. 1, 12)	2700
II. Sonderregelungen für Flüchtlinge, Verschleppte und Vertriebene	2701
1. Volksdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene (Art. 9 II Nr. 5 FamRÄndG iVm Art. 116 GG)	2701

Inhaltsverzeichnis

2. AHK-Gesetz 23 über die Rechtsverhältnisse verschleppter Personen und Flüchtlinge	2702
3. Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet	2703
4. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) (Art. 1, 12)	2703
5. Asylgesetz (§§ 1–3, 6)	2706
6. Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge	2707
2. Abschnitt. Recht der natürlichen Personen und der Rechtsgeschäfte. (Art. 7–12)	2711
Anhang zu Art. 12: Juristische Personen und Gesellschaften	2722
3. Abschnitt. Familienrecht. (Art. 13–24)	2727
Anhang zu Art. 13:	2733
1. Konsularverträge	2733
2. Haager Eheschließungsabkommen	2733
3. CIEC-Übereinkommen zur Erleichterung der Eheschließung im Ausland	2733
Anhang zu Art. 15:	2741
1. Gesetz über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen	2741
2. Verordnung (EU) Nr. 2016/1103 v 24.6.2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands	2743
3. Verordnung (EU) Nr. 2016/1104 v 24.6.2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften	2755
Anhang zu Art. 17:	2763
Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (ROM III)	2763
vor Art. 19:	2779
Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht (HUntProt) bei Art. 18 HUntProt:	2779
1. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	2788
2. Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten anwendbare Recht	2788
Anhang zum HUntProt: Internationale Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen	2790
1. UN-Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland	2790
2. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern	2790
3. Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen	2791
4. Haager Übereinkommen über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen	2791
5. Verordnung (EG) Nr. 4/2009 v 18.12.2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen	2791
6. Auslandsunterhaltsgesetz	2791
Anhang zu Art. 24:	2802
1. Haager Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen (ESÜ)	2802
2. Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (MSA)	2807
3. Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern (KSÜ)	2807
4. Haager Abkommen zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige	2813
5. Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (HKEntfÜ)	2813
6. Europäisches Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses	2815
7. Bilaterale Abkommen mit Österreich	2815
8. Konsularverträge	2815
4. Abschnitt. Erbrecht. (Art. 25, 26)	2815
Anhang zu Art. 25:	2815
Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO)	2815
Anhang zu Art. 26:	2835
Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anzuwendende Recht	2835

Inhaltsverzeichnis

vor Art. 38:	2837
Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ROM I)	2837
5. Abschnitt. Außervertragliche Schuldverhältnisse. (Art. 38–42)	2872
Anhang zu Art. 38–42:	2876
Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (ROM II)	2876
6. Abschnitt. Sachenrecht. (Art. 43–46)	2903
7. Abschnitt. Besondere Vorschriften zur Durchführung und Umsetzung internationalprivatrechtlicher Regelungen der Europäischen Union (Art. 46 a–46 e)	2908
1. Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Art. 46 a)	2908
2. Unterabschnitt. Umsetzung internationalprivatrechtlicher Regelungen im Verbraucherschutz (Art. 46 b, 46c)	2909
3. Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 593/2008 (Art. 46 d)	2912
4. Unterabschnitt. Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 (Art. 46 e)	2912
3. Kapitel. Angleichung; Wahl eines in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erworbenen Namens. (Art. 47, 48)	2913
Zweiter Teil. Verhältnis des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Reichsgesetzen (Art. 50–54) (nicht abgedruckt)	2915
Dritter Teil. Verhältnis des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Landesgesetzen (Auszug: Art. 64, 96, 120, 124; Art. 99 in Teil II des Palandt-Archivs)	2915
Vierter Teil. Übergangsvorschriften (Auszug: Art. 181, 182, 184, 187, 189)	2918
Fünfter Teil. Übergangsvorschriften aus Anlaß jüngerer Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dieses Einführungsgesetzes (Auszug: Art. 220, 227, 229 [teilweise]; weitere Vorschriften in Teil II des Palandt-Archivs)	2920
Sechster Teil. Inkrafttreten und Übergangsrecht aus Anlaß der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und dieses Einführungsgesetzes in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Art. 230–237) – nicht abgedruckt; Text mit Kommentierung in Teil II des Palandt-Archivs –	2939
Siebter Teil. Durchführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Verordnungsermächtigungen, Länderöffnungsklauseln, Informationspflichten (Auszug: Art. 239, 242–244, 246–253)	2939
Anlagen 1 bis 18 zu Art. 246, 246 a, 246 b, 247 §§ 1, 2, 6 und 12, 249 § 3, 250–252	2985

Nebengesetze

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vom 14. August 2006	3025
Gesetz zur Regelung von Verträgen über Wohnraum mit Pflege- und Betreuungsleistungen (Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz – WBVG) vom 29. Juli 2009	3055
Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen (Unterlassungsklagengesetz – UKlaG) i. d. F. vom 27. August 2002	3069
Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz – ProdHaftG) vom 15. Dezember 1989	3084
Gesetz über das Erbbaurecht (Erbbaurechtsgesetz – ErbbauRG) vom 15. Januar 1919	3096
Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht (Wohnungseigentumsgesetz – WEG) vom 15. März 1951	3112
Gesetz über den Versorgungsausgleich (Versorgungsausgleichsgesetz – VersAusglG) vom 3. April 2009	3196
Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 16. Februar 2001	3249
Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG) vom 11. Dezember 2001	3263
Sachverzeichnis	3271

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der im Rahmen der Kommentierung abgedruckten Vorschriften¹

Abschlagszahlungen bei Bauträgerverträgen, VO v 23.5.2001: §§ 1, 2 im Anhang zu § 650 v.
Allgemeines Landrecht (ALR) für die preußischen Staaten v 1794: **Einleitung §§ 74, 75** in ÜbbI vor § 903 Rn 14.
Arzneimittelgesetz idF v 12.12.2005: § 84 in § 15 ProdHaftG Rn 3.
Bundes-Immissionsschutzgesetz idF v 17.5.2013: § 14 in § 906 Rn 32.
Bundesvertriebenengesetz idF v 10.8.2007: § 94 in Art. 47 EGBGB Rn 3.
EG-Richtlinie 93/13 v 5.4.1993: **Anhang**: Klauseln gemäß Art. 3 Abs. 3 in § 310 Rn 27.
Gewerbeordnung idF v 22.2.1999: § 109 im Anhang zu § 630.
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v 23. 5. 1949: **Art. 34** in § 839 Rn 11.
Preisklauselgesetz (PrKlG) v 7.9.2007: im Anhang zu § 245.
Prostitutionsgesetz v 20.12.2001: §§ 1, 2 im Anhang zu § 138.
Sozialgesetzbuch X idF v 18.1.2001: § 116 in Vorbemerkung vor § 249 Rn 112.
Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz v 21.4.2005: im Anhang zu § 1836.
Wärmelieferverordnung (WärmeLV) v 7.6.2013: §§ 8–12 in § 556c Rn 9.

Verzeichnis der auf der Palandt-Homepage abrufbaren Vorschriften

EU-Verordnungen

FristenVO (VO (EWG, Euratom) 1182/71 vom 3.6.1971)
FluggastrechteVO (VO (EG) 261/2004 vom 11.2.2004)
Rom II-VO (VO (EG) 864/2007 vom 11.7.2007)
Bahn-FahrgastrechteVO (VO (EG) 1371/2007 vom 23.10.2007)
Rom I-VO (VO (EG) Nr. 593/2008 vom 17.6.2008)
EuUntVO (VO (EG) 4/2009 vom 18.12.2008)
Schiffs-FahrgastrechteVO (VO (EU) 1177/2010 vom 24.11.2010)
Rom III-VÖ (VO (EU) 1259/2010 vom 20.12.2010)
Bus-FahrgastrechteVO (VO (EU) 181/2011 vom 16.2.2011)
SEPA-VÖ (VO (EU) 260/2012 vom 14.3.2012)
EUErbVO (VO (EU) 650/2012 vom 4.7.2012)
eIDAS-VO (VO (EU) 910/2014 vom 23.7.2014)
Datenschutz-GrundVO (VO (EU) 2016/679 vom 27.4.2016)

EU-Richtlinien

ProdukthaftungsRL (RL 85/374/EWG vom 25.7.1985, ProdHaftRL, mit Änderungen)
PauschalreiseRL 1990 (RL 90/314/EWG vom 13.6.1990)
Missbräuchliche KlauselnRL (RL 93/13/EWG vom 5.4.1993, KlauselRL)
ZahlungssystemeRL (RL 98/26/EG vom 19.5.1998, ZSichsRL)
VerbrauchsgüterkaufRL (RL 1999/44/EG vom 25.5.1999, VerbrGKRL)
Elektronischer GeschäftsverkehrRL (RL 2000/31/EG vom 8.6.2000, E-CommerceRL)
AntidiskriminierungsRL (RL 2000/43/EG vom 29.6.2000, AntiDiskrRL)
Beschäftigungs-GleichbehandlungsRL (RL 2000/78/EG vom 27.11.2000, BeschäftigRL)
BetriebsübergangsRL (RL 2001/23/EG vom 12.3.2001, BetrÜbergRL)
FinanzsicherheitenRL (RL 2002/47/EG vom 6.6.2002, FinSicherhRL)
Finanzdienstleistungs-FernabsatzRL (RL 2002/65/EG vom 23.9.2002, FernAbsFinDL-RL)
Allgemeine GleichbehandlungsRL (RL 2004/113/EG vom 13.12.2004, GleichbehandlgsRL)
Arbeitsrechtliche GleichbehandlungsRL (RL 2006/54/EG vom 5.7.2006, Arbrechtl GleichbehandlgsRL)
ZahlungsdiensteRL 2007 (RL 2007/64/EG vom 13.11.2007, ZDRL 2007)
VerbraucherkreditRL (RL 2008/48/EG vom 23.4.2008, VerbrKrRL)
TeilzeitnutzungsrechteRL (RL 2008/122/EG vom 14.1.2009, TeilzeitnutzgsR-RL)
UnterlassungsklagenRL (RL 2009/22/EG vom 23.4.2009, UKlaRL)
ZahlungsverzugsRL (RL 2011/7/EU vom 16.2.2011, ZVerzugsRL)
VerbraucherrechteRL (RL 2011/83/EU vom 25.10.2011, VerbrRRL)
WohnImmobKrRL (RL 2014/17/EU vom 4.2.2014, WohnImmobKrRL)
ZKontenRL (RL 2014/92/EU vom 23.7.2014, ZKontenRL)
PauschalreiseRL 2015 (RL 2015/2302/EU vom v. 25.11.2015, PReiseRL 2015)
ZahlungsdiensteRL (RL 2015/2366/EU) vom 25.11.2015, ZDRL 2015)

Sonstige internationale Rechtsakte

Haager Unterhaltsübereinkommen vom 24.10.
Haager Minderjährigenschutzübereinkommen vom 5.10.1961 (MSA)
Europäisches Sorgerechtsübereinkommen vom 20.5.1980 (SorgeRÜbk)
Haager Kindesentführungsübereinkommen vom 25.10.1980 (HKEntÜ)
Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht vom 23.11.
Abkommen zwischen der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Güterstand der Wahl-Zugewinnsgemeinschaft vom 4.2.

¹ Soweit es sich um ergänzende Vorschriften zum IPR des EGBGB handelt, wird auf S. XIII f des Inhaltsverzeichnisses verwiesen. Weitere Vorschriften der EU und des Internationalen Rechts finden sich im Palandt-Archiv Teil I.